



Ausgabe IV / 2017

„Austria first“ Die Vertrumpisierung Österreichs

Welch Überraschung, die Neue ÖVP und die (alte) FPÖ haben sich auf eine gemeinsame Regierung geeinigt. Seit dem 18.12. ist sie im Amt, ihr Regierungsprogramm „Zusammen. Für unser Österreich“ umfasst 179 Seiten. Und dieses erfüllt die bereits im Wahlkampf gemachten Versprechungen und Ankündigungen weitgehend. Dort, wo die Autorinnen und Autoren konkret werden (in wesentlichen Teilen wie Finanzierung, Staats- und Demokratiereform u.ä. muss man sich mit mehr oder minder vagen Andeutungen oder Vertröstungen auf die Jahre 2020 bis 2022 begnügen – offensichtlich bereits die Headlines für den nächsten Wahlkampf), erfüllen sie zunächst die von ihnen plakatierten Erwartungen. Und diese kreisen um Fragen wie Asyl/Migration, österreichische Identität und Werte sowie innere und äußere Sicherheit. Wie ein roter Faden zieht sich der Feldzug gegen illegale Migranten und betrügerische Asylwerber (dass hier die Begriffe Migration und Asyl kunterbunt durcheinander gemischt werden, wird möglicherweise den neuen Bildungsminister stören, aber der hat jetzt sicherlich Wichtigeres zu tun und zudem ist er ja dafür nicht mehr zuständig) durch alle möglichen (und unmöglichen) Kapitel. Der entschlossene Kampf für österreichische Werte (was man im Gegensatz zu europäischen Werten auch immer darunter verstehen mag) und gegen die islamistische Überfremdungsgefahr werden da in den Mittelpunkt des Programmes dieser Regierung gestellt. Da haben dann durchaus

fundierte und wichtige Kapitel wie jenes über Digitalisierung (übrigens ein Bereich, wo es kaum eine ernsthafte Differenz zu den Oppositionsparteien gibt) kaum eine Chance auf Beachtung. Zudem besteht offensichtlich auch die Absicht der Proponenten dieser Regierung darin, durch die öffentliche Betonung dieser fremdenfeindlichen Maßnahmen das breite Publikum von den zahlreichen Maßnahmen zugunsten von Unternehmen und wirtschaftlich ohnedies bereits besser gestellten Teilen der Bevölkerung abzulenken. An sich sollte man derartige Dokumente nicht allzu wörtlich und ernst nehmen, die kommenden Monate und Jahre werden erweisen, was denn dann wirklich in Angriff genommen oder schubladiert wird. Es ist tatsächlich nur kurzfristig interessant, festzustellen, wer von den beiden Parteien jetzt wen und wo über den Tisch gezogen hat, was allerdings höchst spannend ist, sind die zugrundeliegenden politischen Inhalte und auch die Symbolik der ganzen Prozedur. Denn hier kommt man zu höchst interessanten Ergebnissen und auch – siehe Titel dieses Beitrages – Analogien. Liest man also diese Regierungserklärung, so kann man nicht umhin, sich an Parolen wie „America first“ zu erinnern. Somit hat also der seit einiger Zeit weltweit grassierende Nationalismus-Virus letztendlich auch Österreich erreicht. An sich ein Retro-Konzept, aber es scheint Modernisierungsverlierern dies- und jenseits des Atlantiks und deren populistischen Wortführern ein geeignetes

Zukunftsrezept zu sein, oder zumindest eines, welches von einer weitgehenden Umverteilung von unten nach oben ablenken soll, wie dies ja auch bereits vom Vorzeigepopulisten im Weißen Haus vorexerziert wird, der gerade seine Steuerreform zugunsten der Reichen und Superreichen realisiert. So setzen unsere heimischen Populisten auf durchaus ähnliche Methoden, wie die Mobilisierung (Verhetzung) über soziale Medien und den Kampf gegen „fake news“.

Auf nach Visegrád

In aller Kürze zu wenigen Details aus dem Bereich der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik. Da wird zwar die absolute pro-europäische Einstellung der neuen Bundesregierung betont, etwas, was auch dem Herrn Bundespräsidenten in den letzten Wochen ein großes Anliegen war, die wenigen konkreten Hinweise, z.B. die ständige Wiederholung der Forderung nach Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips in der EU bleiben weitgehend auf dem Niveau von Schlagzeilen. In diesem Zusammenhang dürfte es auch kein Zufall sein, dass das Kapitel „Europa und Außenpolitik“ in den 179 Seiten gerade mal dreieinhalb Seiten umfasst, gegenüber über acht Seiten „Innere Sicherheit“ und genau dreieinhalb Seiten „Integration“. Hier sieht man die Prioritäten dieser Bundesregierung, welche – betrachtet man auch die äußerst negativen Äußerungen mancher neuer MinisterInnen über führende europäische PolitikerInnen – und die Fortsetzung eines bei nationalen PolitikerInnen beliebten Spieles ist, wonach beim heimischen Publikum „Brüssel“ (wer oder was das auch sein soll) für viele negative Entscheidungen verantwortlich gemacht wird, für die man in vielen Fällen dort selbst gestimmt oder zumindest sich nicht durchgesetzt hat. Diese Art des Populismus wird langfristig weder die durchaus notwendige Reform der EU fördern noch national anstehende Probleme lösen. Es schürt aber Emotionen und macht Stimmung. Einer der Punkte, bei denen die neue Regierung konkret wird, ist hingegen der massive Kampf gegen die europäische Asylpolitik und die Annäherung an die Nachbarstaaten, womit ganz offensichtlich die Visegrádländer gemeint sind. Länder, die nicht nur auf dem Gebiet der Asyl- und Migrationspolitik europäische und internationale Normen verletzen, sondern auch eine höchst bedenkliche autoritäre und undemokratische Politik betreiben. Orban, Kaczyński und Zeman sollen also die engen Freunde der neuen österreichischen Bundesregierung sein!? – Na danke.

Besonders bedenklich wird es in den Kapiteln „Innere Sicherheit“ und „Landesverteidigung“. Beide Ressorts werden ja bekanntlich nun von FPÖ-Ministern geführt und man sieht die blaue Handschrift ganz deutlich im Regierungsprogramm. Hier wird bei der inneren Sicherheit alles angekündigt, was Asylmissbrauch und den weiteren Zuzug von AsylwerberInnen verhindern sowie den Kampf gegen radikale Islamisten verstärken soll. Alles durchaus verständliche Bereiche, die Methoden sind jedoch fragwürdig und sie stellen eine demokratiepolitisch höchst bedenkliche Ausrichtung dar. Dass es in Österreich nach wie vor einen rechtsradikalen Antisemitismus gibt, der ebenfalls zu beobachten und zu bekämpfen ist, ist der neuen Regierung kein einziges Wort wert.

In aller Kürze zwei konkrete Beispiele aus den außenpolitischen Kapiteln: Die Forderung, wonach Entwicklungshilfefelder (hier bekennt man sich zu dem bereits historischen 0,7% Ziel) mit der Bereitschaft, abgelehnte Asylwerber zurückzunehmen, gekoppelt werden sollen, ist nicht nur höchst

fragwürdig sondern auch rechtlich kaum haltbar. Im Bereich der höchst sensiblen Aus- und Durchführung von Rüstungsgütern findet man die Ankündigung, die Bewilligung, welche bislang auf mehrere Ministerien aufgeteilt ist, einem einzigen Ministerium zuzuordnen. Welchem ist jedoch nicht dezidiert klar gestellt, es findet sich aber im Kapitel Landesverteidigung ein Hinweis darauf, dass dies im Verteidigungsministerium der Fall sein könnte. Das kann ja wohl nur ein schlechter Scherz sein. Oder doch nicht? Wenn man sich das Verteidigungskapitel näher ansieht, so wird dort über Rüstung, Aufrüstung, über die Notwendigkeit einer massiv verstärkten europäischen Verteidigungspolitik geschrieben, aber mit keinem Wort erwähnt, dass Sicherheitspolitik auch den Aspekt der Friedenspolitik beinhaltet oder beinhalten sollte. Die neue Bundesregierung befindet sich hier also vollkommen im momentanen sicherheitspolitischen Mainstream einer Militarisierung der Sicherheitspolitik.

Es gäbe noch Vieles über diese denkwürdigen 179 Seiten zu schreiben, dies würde aber das Ausmaß dieses Editorials bei weitem übersteigen, zudem kommt es nicht nur auf die Ankündigungen sondern weit mehr auf die konkreten Maßnahmen dieser Bundesregierung an. Diese werden wir – zumindest was dem Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Beziehungen anbelangt – genau verfolgen, kommentieren und wo nötig auch kritisieren.

Heft IV/2017: Schwerpunkt Rüstung/Sicherheit

Somit bleibt mir kaum mehr Platz, das vorliegende Heft genauer zu präsentieren. Es hat mit dem Thema Sicherheitspolitik einen klaren Schwerpunkt. Hier wird auf die ungeheuerliche Aufrüstung der USA (Ullrich Mies: Die Pentagon-Zeitbombe) hingewiesen, aber auch auf die – bereits zuvor erwähnten – Tendenzen zu einer deutlichen Militarisierung der europäischen Sicherheitspolitik. Es ist wirklich höchst bedauerlich, dass die sogenannte Flüchtlingskrise vor allem Maßnahmen in diesem Bereich ausgelöst hat. Noch immer scheint der politische Mainstream weltweit und auch in Europa der Meinung zu sein, fundamentale Entwicklungsprobleme in erster Linie mit militärischen Mitteln lösen zu können. Dabei würde ein Bruchteil der weltweit für Rüstung aufgewendeten Mittel ausreichen, um die sogenannten Entwicklungsländer umfassend und nachhaltig voranzubringen.¹ Zu diesem Schwerpunkt passen auch die Beiträge unserer Redaktionsmitglieder Stefan Brocza und Herbert Strunz. Besonders empfehlen möchte ich noch die Artikel von Helmut Dahmer „Was blieb, was bleibt vom Roten Oktober“ und jenen von Wilhelm Reichmann über China. Genügend – durchaus auch provokanter – Lese-stoff für die Feiertage.

Somit wünsche ich unseren Leserinnen und Lesern einige geruhsame Tage und ein hoffentlich nicht allzu unerfreuliches Jahr 2018. INTERNATIONAL kann versprechen, dass wir die nationalen und internationalen Entwicklungen auch weiterhin kritisch behandeln und kommentieren werden. An geeigneten Themen wird es sicherlich nicht mangeln. 🌐

Fritz Edlinger

E-Mail: f.edlinger@international.or.at

¹ Zur Erinnerung: Die weltweiten Rüstungsausgaben betragen 2016 USD 1,7 Billionen, jene der öffentlichen Entwicklungshilfe 142,62 Milliarden!!